

«Der Bund»: Schweiz Ausgabe vom 30.06.2004

Blocher will mehr Repression

Ein Bericht zur illegalen Migration ortet Kriminalität und Schwarzarbeit als grosse Probleme

Mit härteren Strafen und strengeren Kontrollen will Bundesrat Blocher die illegale Migration bekämpfen. Der Justizminister will die Massnahmen möglichst schnell durchsetzen und erntet dafür von den Kantonen Kritik.

Yvonne Leibundgut

Kaum war Bundesrat Christoph Blocher im Amt, kündigte er Anfang dieses Jahres an, er wolle gezielter gegen «illegale Migration» vorgehen. Zu diesem Zweck startete er eine breite Umfrage bei den betroffenen Bundesämtern und den Kantonen. Die Ergebnisse dieser Umfrage liegen seit gestern Dienstag in dem fünfzigseitigen Bericht «Illegale Migration» vor.

Schengen ist kein Thema

Im Zentrum des Berichtes stehen ausschliesslich die so genannten Missbräuche (wie illegaler Grenzübertritt oder Scheinehen) und die Ausländerkriminalität. Letztere sei das schwerwiegendste Problem, «da sie die Sicherheit der Bevölkerung direkt bedroht», hält der Bericht fest. Die sozialen Aspekte jener Leute, die illegal in die Schweiz kommen, oder deren Beweggründe sind kein Thema.

Eduard Gnesa, Direktor des Bundesamts für Zuwanderung, Integration und Auswanderung (Imes) dämpfte die Erwartungen und erklärte, der Bericht zeige ausschliesslich die Sicht der Behörden.

Unklar bleibt im Bericht auch, wie viele Leute überhaupt illegal in der Schweiz leben. Geschätzt wird, dass etwa 90 000 Menschen in der Schweiz schwarzarbeiten. Vermutet wird weiter, dass jährlich etwa 20 000 Asylsuchende illegal in die Schweiz einreisen. Und angenommen wird schliesslich, dass zwischen 50 000 und 300 000 Menschen illegal hier leben. «Über die Zahl, die Lebenssituation und die Aufenthaltsdauer der illegal anwesenden Personen sind zurzeit keine verlässlichen Angaben möglich», folgert der Bericht.

Die Probleme, die sich durch illegale Migration ergäben, seien jedoch klar, sagte Gnesa. Der Asylmissbrauch und die Kriminalität stiegen an und seien deshalb mit härteren Massnahmen zu bekämpfen.

Um diese Probleme zu lösen, setzen die Bundesämter von Justizminister Blocher ausschliesslich auf Repression. So soll zum Beispiel neu die «Durchsetzungshaft» eingeführt werden. Das heisst, dass abgewiesene Asylsuchende unbegrenzt inhaftiert werden können. Ausserdem sollen die Gründe, weshalb auf ein Asylgesuch nicht eingetreten wird, ausgeweitet werden. Schliesslich sollen bei der Einreise biometrische Daten vermehrt erhoben und die Grenzkontrollen verstärkt werden (siehe dazu Faktenkasten). In diesem Zusammenhang ist der Beitritt der Schweiz zu Schengen kaum ein Thema. Auch wenn die Schweiz Schengen beitrete, würde sich an den Grenzkontrollen nicht viel ändern, erklärte dazu gestern der Direktor der Oberzolldirektion, Rudolf Dietrich. Zwar werde man an der Landesgrenze keine Personenkontrollen mehr durchführen können; man könne die Kontrollen im Landesinnern jedoch ausbauen.

Viele Kantone sind unzufrieden

Verschiedene Massnahmen, die im Bericht vorgeschlagen werden, sind bereits in die laufende Revision von Asylgesetz und Ausländergesetz eingeflossen und deshalb nicht neu. «Im Bereich Ausländergesetz erwarte ich keine grossen Änderungen mehr», sagte der zuständige Direktor Gnesa. So habe der Nationalrat bei der Totalrevision des Ausländerrechts zum Beispiel bereits beschlossen, dass Fluggesellschaften gebüsst werden, die Leute mit ungültigen Papieren transportieren, oder dass Scheinehen bekämpft werden müssen.

Im Asylgesetz will aber Bundesrat Christoph Blocher noch mit verschiedenen Verschärfungen in die aktuelle Revision eingreifen. Bereits im August sollen die Vorschläge in der zuständigen Kommission des Ständerates eingebracht werden. Deshalb setzt Bundesrat Blocher eine äusserst kurze Vernehmlassung von knapp einem Monat an.

Die politischen Parteien werden nicht angehört. Die Kantone werden zwar konsultiert, aber es sei bereits jetzt schon klar, dass die Zeit für diese zu knapp sei, um reagieren zu können, wie der Interimsdirektor des Bundesamts für Flüchtlinge, Urs Hadorn, bestätigt. Verschiedene Kantone äusserten sich deshalb auch kritisch über dieses Vorgehen. Die Verschärfungen müssten von den Kantonen genau und sorgfältig geprüft werden. Dazu benötige man in den Kantonen mehr Zeit.

Vorgeschlagene Verschärfungen

Durchsetzungshaft: Neu sollen Asylsuchende, deren Gesuch abgelehnt wurde, unbegrenzt inhaftiert werden können, wenn sie nicht ausreisen wollen oder können. Monatlich sollen die Haftgründe neu überprüft werden.

Papierlose: Die Gründe, weshalb nicht auf ein Asylgesuch eingetreten wird, sollen ausgedehnt werden. Neu soll nur der Reisepass anerkannt werden und keine anderen Ausweise wie zum Beispiel der Führerschein oder die Geburtsurkunde.

Sozialhilfestopp: Die Sozialhilfeleistungen sollen neu allen Asylsuchenden gestrichen werden, deren Gesuche abgelehnt werden.

Biometrische Daten: Geplant ist ein vermehrtes Abnehmen von Fingerabdrücken beim Visumverfahren, beim Grenzübertritt und im Inland.

Kontrolle von Flugpassagieren: Die Flugpassagiere sollen bereits am Abflugort von schweizerischen Behörden geprüft werden.